

Massen und Führer.

Von
Heinrich Laufenberg.

Preis 35 Pfennig.



Verlag: Dr. H. Laufenberg, Hamburg.



1.

Revolutionäre Einigkeit.

Der inneren Geschlossenheit, die die Konterrevolution bereits zeigt, der Einmütigkeit und Entschiedenheit, mit der das Bürgertum sich gegen die Arbeiterklasse erhebt, der Sammlung aller Kräfte, die auf dem Boden der alten Gesellschaftsordnung stehen, kann die Arbeiterklasse nur begegnen, wenn auch sie sich zu einer einheitlichen und wahrhaft revolutionären Macht zusammenschließt. Nur so kann die Revolution zur sozialen erweitert und nötigenfalls eine Diktatur der Arbeiterklasse mit Aussicht auf Erfolg durchgeführt werden.

Diese Auffassung lag den Verhandlungen, die auf Veranlassung des Arbeiter- und Soldatenrates am Sonntag, den 29. Dezember, mit den Vorständen der drei Parteien geführt wurden, zugrunde. Ihr entsprechen die festgelegten Grundsätze, die den Zusammenschluß der Arbeiterschaft in einer einheitlichen Organisation zu gewährleisten vermögen. Es heißt in dem den Parteigenossen unterbreiteten Flugblatte:

„Der alte Organisationsapparat entspreche nicht mehr dem jetzigen Stande der gesellschaftlichen Entwicklung und den politischen und taktischen Bedürfnissen der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse müsse sich ein neues Programm geben und eine neue Organisation aufbauen, die den Bedingungen der Revolution entspräche. Vor allem sei es notwendig, Sicherheiten dagegen zu schaffen, daß in der neuen Organisation der Wille der organisierten Mitgliedschaften sich nicht nur gegenüber der Leitung durchsetzen könne, sondern die Politik und die Taktik der Bewegung auch wirklich ausschlaggebend bestimme. Es sei selbstverständlich, daß die neue Organisation sich ihre Leitung in vollem Umfange neu erwähle. In der Revolution muß künftig die Politik, die Taktik und die Organisation der Arbeiterklasse wurzeln. Das Würzburger Programm sei durch die Revolution erledigt. Den Ausgangspunkt müsse das Erfurter Programm mit seinem Grundsatz der Ver gesellschaftung der Produktionsmittel und des Klassenkampfes bilden; wenn es auch in einer Reihe von Beziehungen überholt sei, da man im Jahre 1891, in dem es entstand, unmöglich den durch die Revolutionen seit 1901 herbeigeführten Umsturz der Gesellschaftszustände übersehen konnte.“

Die einzelnen Fraktionen sollten zu diesem Vorschlage Stellung nehmen und ihre Vertretung für die Kommission ernennen. Was den bevorstehenden Wahlkampf anging, so sollten verbundene Listen aufgestellt werden, wozu es freilich nicht gekommen ist und auch nicht kommen konnte.

Bei Eintritt in die Verhandlungen beschränkten sich die Vertreter der Linksradiكالen auf Grund eines Vorstandsbeschlusses auf die Abgabe einer Erklärung, wonach sie sich gemäß dem Beschlusse einer Mitgliederversammlung an den Wahlen zur Nationalversammlung nicht beteiligen würden. Bald darauf verließen sie den Sitzungsaal. Die auf Grund dieses Sachverhaltes vielfach verbreitete Meinung, als hätte damit zum Ausdruck gebracht werden sollen, daß die Linksradiكالe Fraktion die Beteiligung an den Einigungsverhandlungen ablehne, ist jedoch eine irrtümliche und trifft, wie bestimmt ausgesprochen werden kann, nicht zu.

Eine Bekanntmachung, die eine Gruppe von Teilnehmern einer Versammlung in der Nacht zum Sonntag, den 29. Dezember, dem Hamburger Echo aufzwang, veranlaßte am folgenden Morgen die Landesorganisation der alten Partei dazu, eine Demonstration für die Regierung Ebert-Scheidemann-Haase anzuberaumen. Da aber der bevorstehende Austritt der Mitglieder der U. S. P. aus der Regierung inzwischen erfolgt war, wurde der Beschluß in der Weise abgeändert, daß zu einer Demonstration für die Regierung Ebert-Scheidemann aufgefordert wurde. Von dem Beschlusse der Landesorganisation wurde nun während der am nächsten Tage vor sich gehenden Verhandlungen keinerlei Mitteilung gemacht, wiewohl dies loyalerweise als eine Selbstverständlichkeit gefordert werden mußte. Wäre es geschehen, so würde sich den Schwierigkeiten, die sich später ergaben, aller Voraussicht nach haben vorbeugen lassen. Das Präsidium des großen Arbeiterrats erhielt erst Kenntnis von dieser Sachlage, als es im Begriffe stand, dem zum Montag, den 30. Dezember, einberufenen großen Arbeiterrat Mitteilung von dem Ergebnis der Verhandlungen zu machen. Der große Arbeiterrat, der Vertrauensmännerkörper aller sozialistischen Fraktionen Hamburgs, beschloß darauf, daß die Demonstration zu unterbleiben habe, gegebenenfalls aber die Demonstration im Sinne der revolutionären Einigung der Hamburger Arbeiterschaft vor sich gehen solle.

Der Arbeiter- und Soldatenrat suchte nun in diesem Sinne zu wirken. Inzwischen erschien in der Hamburger Volkszeitung eine Bekanntmachung, die zu einer Gegendemonstration aufforderte, und zwar, in Anspielung auf die Kämpfe zwischen Gardetruppen und Volksmarinedivision in Berlin, gegen die Kartätschenregierung Ebert-Scheidemann. Nach längeren Auseinandersetzungen gelangte man im Arbeiter- und Soldatenrat zu der Auffassung, daß beide Demonstrationen sich im Sinne der tags zuvor geführten Verhandlungen vereinigen ließen. Die Vertreter der U. S. P. erklärten, sie würden von ihrer Demonstration absehen, wenn die Gegenseite das gleiche tue. Auch die Vertreter der alten Mehrheit zeigten sich gewillt, der geplanten Demonstration die gewünschte andere Form zu geben. Sie erklärten jedoch, nicht auf eigene Verantwortung handeln zu können und vorher die Zustimmung ihres Vorstandes einholen zu müssen. Die Sitzung wurde darauf vertagt, um ihnen Gelegenheit hierzu zu geben.

Der Aufruf, der am folgenden Morgen im Echo erscheinen und zugleich als Flugblatt verbreitet werden sollte, hatte folgenden Wortlaut:

Arbeiter-Genossen!

Vorkommnisse der letzten Tage rechtfertigen den Verdacht, daß im Hintergrund stehende namenlose Elemente darauf hinarbeiten, unter Benutzung der politischen Erregung dieser Tage in den Straßen Hamburgs Tumulte anzustiften und es zum Blutvergießen zu treiben.

Das Bürgertum fürchtet die Einheit der Arbeiterklasse, denn seine Ziele sind nur zu verwirklichen, wenn die Spaltung und Selbstzerfleischung in der Arbeiterklasse fortbauern.

Alle bürgerlichen Parteien haben ein Interesse daran, daß die Macht der Arbeiterklasse durch innere Zerwürfnisse untergraben wird, und daß es in den Straßen Hamburgs zu Zusammenstößen kommt.

So wie der A.- und S.-Rat die Vorgänge der Sonnabendnacht verurteilt und ihrer Wiederholung in Übereinstimmung mit früher erlassenen Bekanntmachungen entschieden vorbeugen wird, so wird er mit der gleichen Entschiedenheit alles tun, um Hamburg vor dem Schicksal Berlins zu bewahren.

Einigkeit und Geschlossenheit der revolutionären Arbeiterklasse, um den Bürgerkrieg abzuwenden.

So lautet der von allen sozialistischen Richtungen im großen Arbeiterrat einstimmig gefasste Beschluß. Das muß der einheitliche Wille aller sein, die die Errungenschaften der Revolution erhalten und ausbauen wollen.

Diese Forderung gilt es machtvoll in der Öffentlichkeit zu erheben.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat daher beschlossen, zu einer Demonstration aufzurufen, die alle sozialistischen Richtungen umfaßt und der Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterklasse dient.

Die von der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angekündigten Demonstrationen finden nicht statt. Dagegen wird eine

große öffentliche Kundgebung am Neujahrstag
auf der Moorweide,

nachmittags 3 Uhr, stattfinden.

Gegen alle Zerspitterung und Selbstzerfleischung!

Für die Einigung der revolutionären Arbeiter und Soldaten!

Es lebe die Revolution! Es lebe die Einigkeit des revolutionären Proletariats!

Heraus zur Demonstration!

Die Verhandlungen im Vorstande der alten Partei führten jedoch nicht zu dem gewünschten Ergebnis. Morgens schon hatte Stubbe erklärt, daß die alte Partei sich jede Einmischung verbittet. Bei Wiederaufnahme der Sitzung gab Grünwald die kurze Erklärung ab, „daß nach Lage der Dinge der Vorstand sich außerstande sehe, an den getroffenen Maßnahmen etwas zu ändern“. Sollte nun die Demonstration im letzten Augenblicke durch den Arbeiter- und Soldatenrat verboten werden? Das erschien schon aus dem Grunde nicht ratsam, weil das Verbot nicht mehr in genügender Weise bekannt gemacht werden konnte.

Die Demonstrationen fanden demnach statt. Von vornherein war damit zu rechnen, daß die Beteiligung des Bürgertums an der Demonstration der alten Mehrheit eine überaus starke werden würde. Das Bürgertum hat das stärkste Interesse an der Zersplitterung und Selbstzerfleischung der Arbeiterklasse; es hat das stärkste Interesse daran, einen möglichst großen Teil der Arbeiterklasse nach rechts abzubringen und für immer und jedenfalls für möglichst lange Zeit von den Gruppen der Arbeiterklasse zu trennen, die die entscheidenden Träger und das Rückgrad der Revolution bilden.

Schon aus diesem Grunde erschien mir die persönliche Beteiligung an der Demonstration der U. S. P. und zugleich im Interesse der revolutionären Stellung des Arbeiter- und Soldatenrates als ein zwingendes Gebot und eine Pflicht. Rücksichten darauf, ob auf dem Heiligengeistfeld und später auf dem Rathausmarkt sich eine Masse einfinde, die von der bürgerlichen Presse und vom Hamburger Echo als eine „imposante“ angesehen würde, konnten und durften nicht maßgebend sein. Es kam darauf an, der Quantität die revolutionäre Qualität entgegenzustellen. Unachtsam des Umstandes, daß die Gegendemonstration nicht planmäßig vorbereitet und erst im allerletzten Augenblick bekanntgemacht werden konnte, durften übrigens die Veranstalter mit der Beteiligung durchaus zufrieden sein. Es liegt jedenfalls nicht im Interesse der Revolution, nach dem Vorgehen der bürgerlichen Presse die Beteiligungsziffer geffentlich und wider besseres Wissen herabzusetzen.

Hieran aber hat es sich das Hamburser Echo nicht genügen lassen. Sein Bericht enthält zwei grobe Entstellungen. Es heißt in demselben einmal, ich habe die Demonstration nach Düwells Rede geschlossen. Die Demonstration war geschlossen nach den Ausführungen Lindaus. Die Musikkapelle setzte ein, und der Abmarsch des Zuges begann. In diesem Augenblick sprach Düwell, und es gelang ihm, einen Teil des Zuges auf dem Rathausmarkt zurückzuhalten. Er sprach lange genug, bis eine größere Zahl von Teilnehmern an der Versammlung auf der Moorweide erschien. Eine Gruppe von jungen Burschen stellte sich vor dem Denkmal auf unter vielfachen Hochrufen auf Ebert und Scheidemann. Darauf kehrte ich nach dem Denkmal, das ich bereits verlassen hatte, zurück, um einer Rauferei, die im Gange war, vorzubeugen. Ich schloß nochmals die Demonstration in aller Form und forderte die Masse auf, sich nicht provozieren zu lassen, wie bisher Ruhe zu bewahren und vom Plage abzumarschieren.

Die zweite Entstellung betrifft die Ausführungen, die ich auf dem Rathausmarkt machte. Nach dem Echo Bericht soll ich „wörtlich“ gesagt haben: „Heute ist es in Hamburg gelungen, die größere Masse der Arbeiter für eine Politik zu sammeln, die eine Verräterpolitik ist. Eine Verräterpolitik, von der sich jeder anständige Mensch abwenden muß.“ In der Tat, ich habe den ersten Satz wörtlich und den zweiten fast wörtlich ausgesprochen. Gleichwohl ist das, was der Berichtsteller gehört haben will, eine nichtswürdige Fälschung. Es fehlt der entscheidende Mittelsatz. In Wirklichkeit habe ich gesagt: „Heute ist es in Hamburg gelungen, die größere Masse der Arbeiter für eine Politik zu sammeln, die eine Verräterpolitik ist. Das ist nicht die Schuld der Masse, sondern einiger Drahtzieher. Von ihrer Verräterpolitik muß sich jeder anständige Mensch abwenden.“

Wer meine Haltung seit Kriegsbeginn kennt, weiß von vornherein, daß ich die Äußerung, die mir das Hamburger Echo in den Mund legt, nicht getan haben kann. Die Tatsache besteht, daß der Versuch des großen Arbeiter-Rates, die Demonstration einheitlich zu gestalten, an der Haltung des Vorstandes der alten Partei gescheitert ist. Eine Aktion im Sinne der revolutionären Einigkeit, die diese Einigung zur untwiderstehlichen Tatsache gemacht hätte, ist geblühlich durchkreuzt worden. Nach meiner Überzeugung trifft die Schuld hierfür bestimmte Personen. Das gleiche kann sich täglich wiederholen. Die Erörterung der Frage, welche Rolle einzelne Personen im jetzigen Augenblicke in der hiesigen Arbeiterbewegung spielen und früher gespielt haben, ist zur unabwiesbaren Notwendigkeit geworden. Es gilt dies um so mehr, als in den bekannten Putschversuch bürgerlicher Gegner Personen, die in der Arbeiterbewegung seit Jahren an hervorragender Stelle stehen, verwickelt sind, und diese Personen sich die dreiste Unterstellung leisten, als seien sie von dem geplanten Putsch „offenbar in höherem Maße überrascht worden als der Arbeiter- und Soldaten-Rat“.

2.

Der versuchte Putsch.

Am 6. Dezember kam die englische Schiffsbesichtigungs-Kommission nach Hamburg. In den frühen Morgenstunden desselben Tages sollten vierzehn radikale Mitglieder des Rates aufgehoben und verhaftet werden. Ferner sollten Senat und Bürgerschaft sofort berufen werden, um sich über den Zusammentritt einer konstituierenden Versammlung schlüssig zu werden. Die Bevölkerung sollte von der vollzogenen Tatsache Kenntnis erhalten durch eine kurze Proklamation. In ihr hieß es wörtlich: „Mitbürger! Unterstützt uns, indem ihr Ruhe und Ordnung bewahrt. Die terroristischen Führer sind von uns festgenommen und werden als Geiseln gehalten. Im Falle einer bewaffneten Gegenströmung gegen uns werden sie erschossen!“

Im Mittelpunkt des Unternehmens stand die Redaktion des Hamburgischen Correspondenten. Ein Mitglied der Redaktion war an frühere Mitglieder des Arbeiter- und Soldaten-Rates herangetreten und hatte sie für den Plan zu gewinnen gewußt. Andere Mitglieder der Redaktion haben — freilich erfolglos — bei mehreren Banken um namhafte Beträge geworben, um mit dem beschafften Gelde nötigenfalls die Truppen zu bestechen. Der Plan wurde vorzeitig verraten, und es gelang hierdurch dem Arbeiter- und Soldaten-Rat, die Verschwörer bei einer ihrer Sitzungen zu überraschen und in Haft zu nehmen.

Das Unternehmen diente verschiedenen Zwecken. Wäre die Verhaftung der Ratmitglieder gelungen, so würde es in den Straßen Hamburgs zu Tumulten und Unruhen und in den Betrieben zu großen Proteststreiks gekommen sein. Auch die Truppen wären sicherlich nicht ruhig geblieben. Auf Unruhen aber scheinen es die Hintermänner abgesehen zu haben. Denn Unruhen konnten zu einem Eingreifen der Engländer führen. Es ist gewiß kein Zufall, daß der

Putzsch just an dem Tage inszeniert werden sollte, an dem die englische Kommission eintraf. Kurz vorher war öffentlich zu einem Judenpogrom aufgefördert worden. Und als es unlängst anlässlich einer Arbeitslosen-Demonstration zu Ausschreitungen kam, verstanden es namenlose Hintermänner, das Hotel Atlantic, in dem eine Kommission französischer Offiziere über den Austausch der Gefangenen unterhandelte, zum Ziel des Tumultes zu machen.

Größere Hoffnung noch setzten die Hintermänner des Planes offenbar auf die Säuberung des Rates von den radikalen Mitgliedern und auf ihre Ersetzung durch gemäßigte Elemente, unter denen neben anderen mehrere Echo-Redakteure genannt wurden. Den Mittelsmann spielte hier das Bürgerschaftsmitglied Dr. Blund. Er wandte sich unter anderen an den Senator Petersen, wurde von diesem jedoch vor dem Unternehmen eindringlich gewarnt, so daß seine ursprüngliche Sympathie etwas erkalte. Auch die Polizeibehörde war in den Plan eingeweiht. Der Polizeipräsident Dr. Stürcken und der Polizeisenator Dr. Sander wußten davon. Sie erhielten amtlich Kenntnis, ohne daß sie es für notwendig erachteten, die bedrohten Mitglieder der bestehenden Hamburger Regierung in irgendeiner Weise zu warnen. Der Polizeisenator Dr. Sander behauptet, an dem Tage, an dem die Verschwörer verhaftet wurden, den Hammeraden Preuschoff als den Leiter des Sicherheitsdienstes auf die Gefahr aufmerksam gemacht zu haben. Freilich ließ er es bei der guten Absicht bewenden und verschloß seine Kenntnis im stillen Schreine seines Herzens als er vernahm, daß Preuschoff abwesend war. Die Amtszimmer des Polizeipräsidenten befinden sich im Stadthause, dem Zentrum des militärischen Sicherheitsdienstes. Und sollte nicht ein Draht von den Amtsräumen des Polizeipräsidenten auch nach dem Rathaus hinüberführen?

Außer an den Senat hatte Dr. Blund sich auch an die Echo-Redaktion gewandt. Über die Rolle der letzteren Rolle geben die Ausjagen der Echo-Redakteure Stolten und Krause und des Dr. Blund Auskunft. Wir geben sie in der Reihenfolge nach der Zeit der Vernehmung wieder. Sie lauten:

Es erscheint der Redakteur Otto Stolten und erklärt:

An dem Mittwochabend, an dem Dr. Laufenberg die bekannte Erklärung des A.- und S.-Rates in der Bürgerschaftssitzung abgab, kam Dr. Blund mit mir ins Gespräch über den Vorgang und bemerkte, so könnte das nicht weitergehen, ob es nicht Mittel gebe, eine Änderung herbeizuführen; die Mehrheit der Soldaten stehe doch wohl kaum aufseiten des jetzigen Arbeiter- und Soldaten-Rates. Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß, wenn man diesen Gegensatz ausnutzen wollte, es doch leicht zum Blutvergießen kommen könne; dafür wolle er doch wohl die Verantwortung nicht übernehmen. Am Sonnabendmorgen, dem 7. Dezember 1918, kam Dr. Blund auf unsere Redaktion zu einer Besprechung, in der er unter Bezugnahme auf die Mittwoch-Unterhaltung meinte, ob denn nicht irgend etwas geschehen könnte. Ich habe ihm gesagt, daß jedenfalls irgendwelche Gewaltakte nur den Erfolg haben könnten, die ganze Arbeiterschaft Hamburgs auf die radikale Seite zu drängen; irgendwelche positive Angaben über das, was beabsichtigt sei, sind mir von Dr. Blund nicht gemacht worden. Ich stand unter dem Eindruck, daß irgend etwas unternommen werden sollte.

Auf meine Bemerkung, daß jeder Gewaltakt die Arbeiterschaft auf die radikale Seite bringen würde, äußerte Dr. Blund: „Dann muß ich doch dringend davor warnen,“ oder so ungefähr.

Ob am Nachmittag noch eine Besprechung stattgefunden hat, kann ich nicht bestimmt sagen, möglich ist es. Jedenfalls ist auch dann nichts Eingehenderes als am Morgen besprochen worden.

Von der Benennung irgendwelcher Ersatzleute für gegenwärtige Mitglieder des Arbeiter- und Soldaten-Rates ist keine Rede gewesen. Von einer Konferenz mit den Führern der Mehrheitssozialisten ist unter uns ebenfalls nicht die Rede gewesen. Eine solche hat auch nicht stattgefunden.

*

Hamburg, den 3. Januar 1919.

Es erscheint der Redakteur des Hamburger Echo, Emil Krause, und erklärt:

Am fraglichen Sonnabend traf ich in der Echo-Redaktion, im Zimmer des Genossen Stolten, den Dr. Blund im Gespräch mit Stolten. Stolten rief mich heran und erklärte mir, Dr. Blund wünsche Aufschluß darüber, ob nicht eine Ersetzung der radikalen Mitglieder des Arbeiter-Rates durch Mitglieder unserer Partei möglich sei. Ich erwiderte darauf, daß dazu die Hamburger Arbeiter sich jedenfalls nicht bürgerlicher Leute bedienen würden. Die Arbeiter würden sich dafür höchstens bedanken, daß bürgerliche Leute sich in ihre Angelegenheiten hineinmischten. Es ist möglich, daß ich gesagt habe, ein Blutvergießen könne die Folge sein, und dafür könne niemand die Verantwortung übernehmen. Ich entfernte mich dann nach meinem Zimmer, durch das Dr. Blund etwa 2 bis 3 Minuten später dem Ausgang der Redaktion zustrebte, ohne mich noch gesprochen zu haben.

Nach dem Bekanntwerden des Putschversuches teilte mir Genosse Stolten mit, daß in der Bürgerschaftssitzung, in der Laufenberg die Erklärung des A.- und S.-Rates abgab, Dr. Blund mit der Anfrage an ihn herantreten sei, ob sich nicht etwas machen ließe, daß derartige Vorkommnisse für die Zukunft unterblieben; die Mehrheit der Soldaten stände auf seiten der Mehrheit. Was Stolten als seine Erwiderung an Dr. Blund mitgeteilt hat, weiß ich nicht mehr.

Welche Absichten Dr. Blund verfolgte, weiß ich nicht; Stolten hat an dem Montag, als der Putschversuch bekannt wurde, dem Sinne nach, geäußert, Blund sei ein verrückter Kerl.

Ob Blund nur einmal oder zweimal am Sonnabend in der Echo-Redaktion war, kann ich heute nicht mehr angeben. Mit mir hat er jedenfalls nur einmal gesprochen, meines Erinnerns nach am Vormittag.

Zu dem Gespräch am Vormittag bemerke ich noch folgendes: Stolten wies nach meiner Erinnerung den Dr. Blund auf die Folgen hin, die ein Vorgehen gegen die radikalen Mitglieder nach sich ziehen könnte. Welche Mittel Dr. Blund zur Entfernung der radikalen Mitglieder hat anwenden wollen und dem Genossen Stolten in Vorschlag gebracht hat, weiß ich nicht.

*

Es erscheint Herr Dr. A. Blund und erklärt:

Es ist richtig, daß ich gelegentlich einer Bürgerschaftssitzung mit Stolten über die Notwendigkeit gesprochen habe, unverzüglich wieder verfassungsmäßige Zustände in Hamburg herzustellen. Ich erinnere mich der einzelnen Äußerungen nicht mehr. Was Herr Stolten darüber ausgesagt hat, mag richtig sein. Der Sinn unserer Unter-

haltung war, daß die Mehrheitssozialdemokraten dafür sorgen möchten, Neuwahlen für den Arbeiterrat stattfinden zu lassen; die Mehrheit der Soldaten werde dann mit dem Arbeiter-Rat zusammen selbst für die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände eintreten. Jrgendwelche Gewaltakte kamen dabei nicht in Frage.

Am Sonnabend war ich nur einmal auf der Redaktion des Echo, und zwar, wie ich bestimmt weiß, am Nachmittag, nicht, wie Stolten angibt, am Vormittag. Da ich in der Besprechung im Hotel „Vier Jahreszeiten“ gehört hatte, daß jemand sich darauf berief, es seien sozialdemokratische Kreise an dem Plan beteiligt, bin ich, nachdem ich, wie früher angegeben, die Sitzung am Nachmittag in den „Vier Jahreszeiten“ verlassen hatte, zum Hamburger Echo gegangen. Ich habe Herrn Stolten und Herrn Krause dort gesagt, daß ich von einer Bewegung Kenntnis erhalten hätte, die darauf hinausginge, einige radikale Mitglieder aus dem Arbeiter- und Soldaten-Rat zu verhaften und durch andere zu ersetzen. Ich habe ihnen weiter gesagt, daß ich vor der Sache dringend gewarnt hätte, und daß die Sache nach meiner Ansicht erledigt sei. Die Leute seien alle mißvergnügte und an die Lust gesetzte Personen von geringer Zuverlässigkeit. Es sei aber in der Versammlung behauptet worden, daß ernsthafte Sozialdemokraten hinter der Sache ständen. Deshalb wollte ich sie darüber informieren. Herr Stolten und Herr Krause haben mir beide erklärt, daß jeder Versuch einer Gewalthandlung die Gefahr eines Streiks und öffentlicher Unruhen heraufbeschwören würde. Das entsprach ganz meiner eigenen Ansicht.

Diese Aussagen lassen an der Rolle der Echo-Redakteure Stolten und Krause keinen Zweifel. Sie beredeten die Angelegenheit mit Blundt wiederholt. Stolten und Krause erhielten mindestens 24 Stunden vor der Verhaftung der Verschwörer Kenntnis von dem Plane, daß die radikalen Mitglieder des Rates durch einen Putsch überrascht und verhaftet werden sollten. Die diesbezügliche Aussage des Dr. Blundt paßt in die ganze Situation und trägt ersichtlich das Gepräge der Wahrheit. Die Echo-Redakteure unterließen jedoch jegliche Mitteilung und jegliche Warnung. Sie taten weniger, als der Polizeisenator Sander tat, der wenigstens einen Versuch unternommen hat, die Bedrohten zu warnen. Die beiden Redakteure warfen den Dr. Blundt weder zur Tür hinaus, noch wiesen sie ihn ohne weiteres zurück. Sie taten nicht, was ein höherer bürgerlicher Polizeibeamter tat, als er dem gleichfalls in den Putsch eingeweihten Polizeihauptmann v. Restoff erklärte, man müsse die Hände von solch schmutzigen Sachen lassen. Ihrer eigenen Darstellung nach waren die beiden Redakteure keineswegs grundsätzlich Gegner des Putsches. Nur aus Zweckmäßigkeitsgründen rieten sie davon ab. Sie verletzten nicht nur ihre Menschenpflicht gegenüber früheren Genossen, sie traten auch ihre politische Pflicht gegenüber dem Arbeiter- und Soldaten-Rat mit Füßen.

Die beiden Echo-Redakteure haben nunmehr geglaubt, in der Nummer des Echo vom Sonntag, den 5. d. M., eine sie reinigende Erklärung abgeben zu müssen. Sie lautet:

„Um jeder Legendenbildung von vornherein die Spitze abubrechen, erklären wir: Dr. A. Blundt hat weder der Echo-Redaktion in ihrer Gesamtheit noch den beiden unterzeichneten Redakteuren auch nur eine Silbe von einem angeblich von ihm oder anderen

Personen beabsichtigten Putschversuch erzählt. Er hat lediglich davon gesprochen, ob sich denn nicht etwas machen lasse, daß die radikalen Mitglieder des A.-Rates durch Mitglieder der sozialdemokratischen Partei ersetzt wurden. Er hat dabei weder die Namen von Genossen genannt, die ersetzt werden sollten, noch von solchen, die sie ersetzen sollten. Er hat keine Silbe davon erwähnt, daß oder ob ein Putsch gemacht, welche Mittel dabei angewandt werden, welche Personen dabei in Tätigkeit treten sollten und wann irgend etwas geschehen sollte oder könnte.

Aber schon auf seine Frage, ob nicht etwas geschehen könnte, daß Mitglieder des A.-Rates durch andere Genossen ersetzt werden, haben wir ihm erklärt, daß die Hamburger Arbeiter sich das auf das entschiedenste verbitten und nicht dulden würden, wenn bürgerliche Leute sich in ihre politischen Angelegenheiten mischen wollten. Auch jeder Versuch, irgend etwas gegen den A.-Rat zu unternehmen, werde von der Arbeiterschaft zurückgewiesen werden.

Das sind die klaren Tatsachen. Wer angesichts dieser Sachlage behaupten mag, die Echo-Redaktion oder die beiden unterzeichneten Redakteure hätten von Putsch-Plänen gegen den A.- und S.-Rat etwas gewußt und hätten das dem Rat mitteilen müssen, verlangt etwas, das unmöglich war. Man kann überhaupt Absichten und Pläne nicht anzeigen, wenn man sie nicht kennt.

Wir sind jedenfalls von dem Putschversuch anscheinend mehr überrascht als der A.- und S.-Rat."

Otto Stolten. Emil Krause.

Diese Darstellung der Redakteure ist eine bewußt falsche. Sie hat dem Untersuchungsleiter Dr. Herz Anlaß zu einer Zuschrift an die Volkszeitung gegeben, in der die entscheidende Stelle aus der Aussage des Dr. Blund wiederholt wird. Darin heißt es:

In seiner mündlichen Aussage hat Dr. Blund mir in noch viel schärferer Form erklärt, daß er den Echo-Redakteuren von dem Putschversuch auch Kenntnis gegeben habe. Er suchte nachher diese Aussage offensichtlich zugunsten der Echo-Redakteure abzuschwächen und erklärte mir auch mündlich, daß er mit Stolten seit langen Jahren politisch befreundet sei. Sie ständen ja beide auf dem Boden der Demokratie.

Stolten selbst hat auf meine Frage, ob ihm der gewalttätige Charakter des geplanten Unternehmens bekannt sei, die Antwort gegeben, er habe absichtlich eine Befragung des Dr. Blund nach dieser Richtung unterlassen! Eine Protokollierung dieser sehr charakteristischen Erklärung lehnte Stolten ausdrücklich ab. Offensichtlich empfand er selbst, daß die gewollte Unwissenheit, in der er sich danach trotz entgegenstehender Bedenken erhielt, für ihn schon eine Bloßstellung bedeutet. Da aber Stolten nach seiner protokollierten Erklärung den Dr. Blund ausdrücklich vor Gewalttaten gewarnt hat, so geht schon hieraus hervor, daß Stolten mit dem Putschcharakter des Unternehmens gerechnet hat. Sonst hätte diese Warnung keinen Zweck gehabt.

Es unterliegt danach keinem Zweifel, daß Krause und Stolten von dem Putschversuch gewußt haben. Die Folgen ergeben sich daraus von selbst.

Ich darf persönlich bemerken, daß diese Feststellungen für mich nicht einmal sonderlich überraschend gewesen sind. Die Hamburger Parteibürokratie und insbesondere die Hamburger Bürgerschaftsfraktion war schon vor dem Kriege völlig rechts orientiert. Sie ging

jedem Konflikt Israam aus dem Wege, vermied jede ernsthafte Kritik der Hamburger Verwaltung und stand völlig unter dem Einfluß der liberalen Politiker, wie Petersen und Blund. Im Kriege hat sich unter dem Einfluß des Burgfriedens dies Freundschaftsverhältnis noch inniger gestaltet. Am reinsten kommt dieser Geist zum Ausdruck in den literarischen Ergüssen des Herrn August Winnig, der noch am 9. November 1918 in einem Artikel der „Glocke“ die radikalen Genossen wegen ihrer revolutionären Anschauungen verhöhnte und der augenblicklich mit einem General der alten Militärdespotie in Kur-land eine Eiserner Division im Dienste der Gegenrevolution und zum Schutze der baltischen Barone, dieser infamsten junckerlichen Bluthunde, organisiert. Das Echo aber nannte sich nach dem Putschversuche stolz — ein revolutionäres Organ!

Der Versuch der beiden Redakteure, die Arbeiterschaft des Städtegebietes in der gröblichsten Weise zu täuschen und hinteres Licht zu führen, hat somit seinen Zweck gänzlich verfehlt und kann die Lage der Schuldigen nur verschlimmern. Die kühne Verdächtigung, die in den Schlußworten ihrer Erklärung liegt, ist so grotesk, daß kein Wort der Erwiderung daran verschwendet werden braucht. Sie kann angesichts der in der Vollversammlung des Arbeiter- und Soldatenrates verlesenen Protokolle, die das Echo seinen Lesern unterschlägt und deren Veröffentlichung die übrigen Redaktionsmitglieder unbedingt hätten fordern müssen, nur heiter stimmen.

An dieser Stelle aber handelt es sich um die Frage: Gehören derart Schuldige zu den Personen, die ausgeschaltet werden müssen, wenn es zu einer Einigung der Arbeiterschaft und zu einer neuen Organisation auf dem Boden der Revolution kommen soll? Kann es eine politische Gemeinschaft mit Personen geben, denen man schon aus Gründen der persönlichen Sauberkeit aus dem Wege gehen muß?

Es sei wiederholt:

Ihrer eigenen Darstellung nach waren die beiden Redakteure keineswegs grundsätzlich Gegner des Putsches.

Nur aus Zweckmäßigkeitsgründen rieten sie davon ab.

Es war ihre Pflicht, den Dr. Blund auf dem schnellsten Wege vor die Tür zu befördern.

Es war ihre Pflicht, dem Arbeiter- und Soldaten-Rat Mitteilung zu machen und die Bedrohten zu warnen.

Sie taten nichts von alledem.

Sie verletzten nicht nur ihre Menschenpflicht gegenüber früheren Genossen, sie traten auch ihre politische Pflicht gegenüber dem Arbeiter- und Soldaten-Rat, gegenüber ihrer eigenen Partei, gegenüber der gesamten Arbeiterschaft des Städtegebietes mit Füßen.

Eine Nachrichtenquelle der politischen Polizei.

Unlängst wurde eine Erscheinung aufgedeckt, die noch weit bedenklicher ist, als die im vorigen Abschnitt geschilderte. Die Nummer 6 der Hamburger Roten Fahne brachte folgende Enthüllung:

Stellvertretendes Generalkommando.

IX. Armee-korps.

Abt. Abw. I. Nr.

Altona, den 7. Februar 1917.

I. Rittmeister Nehorn teilt der Abwehrabteilung durch Fernsprecher mit:

Der Gewerkschaftsführer Koch vom Deutschen Metallarbeiterverband, Hamburg, Besenbinderhof 57 (Tel. Gr. 6, Nr. 4424), habe einen gewissen Lausen berg verdächtigt. Lausen berg liege zurzeit im Lazarett in Wandsbek; seine Privatwohnung befinde sich in Alt Nahlstedt. Er halte anscheinend geheime Zusammenkünfte ab. Er gehöre zu den Ultraradikalen, zu der sogenannten Spartacus Gruppe. Näheres wäre durch Koch zu erfahren.

Koch bittet dringend, seinen Namen nicht preiszugeben.

Zusall, Oberwachmeister.

Abwehr-Abteilung.

gez. R u t h, Hauptmann.

Auch aus anderen politischen Akten geht hervor, daß die Verbindung zwischen Kreisen der Gewerkschaftsführer und der politischen Polizei eine recht enge gewesen ist.

Wir lassen folgenden Auszug aus der Akte Schwarz folgen, die die Journalnummer 3810/16 M. trägt. Es handelt sich um die Verbreitung von Flugblättern, die sich gegen die Verurteilung Liebknechts wenden. In der Akte heißt es wörtlich:

An der Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist man der festen Überzeugung, daß das Flugblatt eine Machenschaft von ausländischen Agenten ist, die damit bezwecken wollen, daß die Arbeit in den Munitionswerken und Werften eingestellt werden soll.

gez.: Z u s a l l, Oberwachmeister.

Hamburg, den 20. Juli 1916.

Diese Mitteilung ist überaus charakteristisch. Es fehlte der Leitung des Metallarbeiterverbandes jegliche Unterlage dafür, daß das Flugblatt in irgendeiner Beziehung zum Auslande stand. Sie sprach eine Beschuldigung aus, die für viele Genossen verhängnisvoll geworden ist. Nachdem die Leitung des Metallarbeiterverbandes jene Verdächtigung vor den Vertretern der politischen Polizei ausgesprochen hatte, griff die Staatsanwaltschaft die gegebene Anregung auf. Die Beschuldigung, im Dienste des Auslandes gestanden und gewirkt zu haben, hat bei späteren politischen Prozessen in Hamburg eine große Rolle gespielt. So in dem Prozeß gegen die Genossen Salbe. Was keine andere Staatsanwaltschaft sich getraute, unter

nahm die Hamburger. Sie suchte den direkten Nachweis zu erbringen, daß die radikale Opposition in Deutschland mit den Flugblättern und dem Gelde des Auslandes arbeite. So in den Ermittlungen gegen die Genossin Wegner und den Genossen Paul Rohn. Auch in dem gegen mich nach Verhängung der Schubhaft im Februar 1917 eingeleiteten Verfahren wurden Ermittlungen nach dieser Seite angestellt.

Dafür, daß gewisse Gewerkschaftskreise eine ständige Informationsquelle der politischen Polizei gewesen sind, spricht auch der nachstehende Auszug aus der Akte Wolffheim, Journalnummer 3862/17 IV. M. Es war eine geheime Anzeige gegen Wolffheim eingelaufen, die ihn beschuldigte, am 25. Juli 1917 „in Uniform in einer großen geheimen Versammlung einen aufreizenden Vortrag über den Krieg“ usw. gehalten zu haben. Die Ermittlungen der Polizei, ob und wo die Versammlung stattgefunden hatte, blieben ergebnislos. Der Bericht über diese Ermittlungen enthält folgende Stelle:

Hamburg, den 20. August 1917.

Auch die weiteren Ermittlungen, ob und wo eine Versammlung der Mitglieder der Unabhängigen Soziald. Partei stattgefunden hat, waren erfolglos. Hiesige Mitglieder der Gewerkschaften, die ziemlich genau über das Tun und Treiben der „Unabhängigen“ unterrichtet sind, wissen von einer solchen Versammlung nichts.

Zufall, Oberwachmeister.

Den gleichen Beweis dafür, daß die Beziehungen der politischen Polizei zu gewissen Gewerkschaftskreisen recht enge waren, bietet auch die Akte 14861, die sich auf den Genossen Otto Gralle bezieht. Hier heißt es:

Nach Aussage von Hüffmeier ist Gralle jetzt in die Kontrollkommission für die Kriegsversorgung gewählt worden. Hüffmeier meinte, jetzt könne Gralle sich selbst überzeugen, wie die Sache gehandhabt werde, dann würde er wohl endlich seinen Mund halten.

gez.: Zufall, Oberwachmeister.

22. Dezember 1916.

Hamburg, den 6. Februar 1917.

Gralle ist in der letzten Zeit nicht wieder als Redner aufgetreten. Er gehört jetzt der Kontrollkommission für die Kriegsversorgung an und wird, wie Hüffmeier sagt, den Mund jetzt halten.

gez.: Zufall, Oberwachmeister.

In der vorletzten Vollversammlung des Arbeiter- und Soldaten-Rates hat Hüffmeier versucht, den Inhalt seiner Mitteilungen und damit auch die aufgedeckte Verbindung als bedeutungslos hinzustellen. Selbst wenn die Information in dem durch die Akten aufgedeckten Falle dem Inhalt nach an und für sich unbedeutend gewesen sein sollte, so gehört doch die Verbindung mit der politischen Polizei und die Erteilung einer positiven Auskunft in einem politischen Ermittlungsverfahren keineswegs zu den harmlosen Dingen. Die Deutung, die Hüffmeier in der erwähnten Versammlung dem

Tatbestände zu geben versuchte, kann schon aus dem Grunde nicht stimmen, weil Genosse Gralle auf Befragen versichert hat, niemals Mitglied der Kontrollkommission für Kriegsversorgung gewesen zu sein. Unter dem alten Regime und namentlich unter dem Zeichen der Militärdiktatur und des Burgfriedens schlug jede der politischen Polizei gemachte Angabe zum Nachteil des Verdächtigten aus. Der bloße Umstand, daß überhaupt ausgesagt wurde, genügte schon, um den Betreffenden schwer zu benachteiligen, wie ich am eigenen Leibe erfahren habe.

Leider sind uns bisher nur wenige politische Akten in die Hände gefallen. Die Mehrzahl ist verschwunden und wahrscheinlich vernichtet. Aber das wenige, das wir besitzen, genügt durchaus, um die Tatsache zu erhärten, daß der Oberwachmeister Z u f a l l, eines der gefährlichsten Werkzeuge des alten Regimes, der sämtlich die erwähnten Ermittlungen geführt hat, in gewissen Gewerkschaftskreisen gut zu Hause war.

4.

Der Anfang des Denunziationswesens.

Die Verwicklung des Hamburger Echo in die Puttschaffäre und die Tatsache, daß gewisse Gewerkschaftskreise gewissermaßen gewohnheitsmäßig der politischen Polizei als Informationsquelle gedient haben, kennzeichnet die Lage in der hiesigen Arbeiterbewegung. Um diese Lage richtig zu beurteilen, wird man sich fragen müssen, wann und womit das Denunziationswesen seinen Anfang genommen hat. Es genügt, die Tatsachen zu referieren.

Am 13. November 1914 schrieb die Redaktion des Echo:

„ . . . Unter der Behauptung, daß wir Parteigrundsätze preisgegeben, Ursprung und Bedeutung des Krieges verkannt und eine chauvinistisch-nationalistische Haltung eingenommen hätten, haben sie (nämlich die Genossen Laufenberg, Herz und Wolffsheim) eine eifrige Agitation gegen den von uns in Übereinstimmung mit der Gesamtpartei und den Parteivorständen unseres Verbreitungsgebietes eingenommenen Standpunkt entfaltet. Wir müssen es ablehnen, während der Dauer des Krieges solcher Agitation in Parteiversammlungen entgegenzutreten.“

In einer Erwiderung der Redaktion auf eine Bemerkung des Vorwärts hieß es:

Parteidifferenzen „erhalten erfahrungsgemäß ihre Vergiftung durch Konventikelwesen. Und um das Ausfließen eines solchen in Hamburg, das bisher glücklicherweise davon verschont geblieben ist, zu verhindern, ist die klare Darstellung der Dinge in der Öffentlichkeit der Partei das beste Mittel. Wir wenden uns eben an die Masse, und wir sehen nicht ein, weswegen wir das

nicht tun sollten, da diese Sache sie angeht. Uns hinter den Kriegszustand, die Zensur und andere geheimnisvolle Schrecknisse zu vertriehen, haben wir weder Ursache noch Neigung.

In einer anderen Nummer sagt die Redaktion:

„Es ist richtig, daß unser Kollege Otto Stolten schon Ende August über die durch den Krieg geschaffene Situation gesprochen hat. Das geschah aber in einer öffentlich angezeigten Kreisdelegierten-Versammlung des dritten Hamburger Wahlkreises, und zwar auf Ansuchen des Vorstandes. Das ist etwas anderes, als wenn man sich die Gelegenheit verschafft, in Distrikten und Bezirken unter Ausschluß der Öffentlichkeit die Parteigenossen gegen das Hamburger Echo einzunehmen. . . .“

Wenige Tage nach dieser unverhüllten Denunziation seitens der Echedaktion und einer drohenden Warnung der Hamburger Nachrichten an die Genossen Laufenberg, Wolffsheim und Herz verbot der kommandierende General eine Reihe von Versammlungen, die sich mit der Frage der Lebensmittelversorgung beschäftigen sollten. Nachdem dann durch die Abstimmung über die Kandidatur im dritten Hamburger Wahlkreis offenbar geworden war, daß ein erheblicher Teil der Mitgliedschaft des dritten Kreises schon damals Gegner der Kriegspolitik war, wurden auch die Bezirksversammlungen verboten.

Anläßlich der Auseinandersetzungen über die politische Lage, die im Sommer in der Landesorganisation stattfanden, unterbreitete ich den Vertrauensleuten eine Denkschrift. Es war Vorsorge getroffen, daß sie nur in die Hände der letzteren gelange. Aber bereits am anderen Morgen befand sich ein Exemplar in den Händen der politischen Polizei. Die Folgen waren Hausdurchsuchungen und ein Ermittlungsverfahren gegen mich. Als ich in der nächsten Landesorganisations-Versammlung am 29. Juni die Angelegenheit zur Sprache brachte, meinte Grünwald, der Vorgang sei bedauerlich, aber es sei schon möglich, daß sich in eine Körperschaft von mehreren Hundert Köpfen ein „Rauhbein“ einschleiche.

Diese zweite gegen mich gerichtete Denunziation war diesmal nur ein Vorgang unter mehreren. Die Denunziation links stehender Genossen begann bereits einen bedenklichen Umfang anzunehmen. Notgedrungen versuchte ich, den Übelstand in der Delegiertenversammlung vom 5. August zur Sprache zu bringen. In dem Echo-Bericht der Nummer 183 heißt es hierüber: „Als dann Dr. Laufenberg den Vorwurf, daß einige Genossen denunziert worden seien, in einer Form erhebt, die eine Verdächtigung bestimmter Genossenkreise enthält, wird er vom Vorsitzenden Stubbe aufgefordert, die Tatsachen genau anzugeben und Namen zu nennen. Da Laufenberg der Aufforderung des Vorsitzenden nicht nachkommt, wird ihm das Wort entzogen und die Versammlung unter lebhafter Erregung geschlossen.“

Daraufhin sandte ich am 7. August der Redaktion des Echo folgende Berichtigung:

Hamburg-Alt-Nahlfledt, 7. August.

Der Bericht des Echo in Nr. 183 über die letzte Versammlung der Landesorganisation enthält die Behauptung, ich hätte den Vorwurf, daß einige Genossen denunziert worden sind, in einer Form erhoben, die eine Verdächtigung bestimmter Genossenkreise enthält.

Diese Behauptung ist unwahr. Wahr ist vielmehr, daß meine Worte keinerlei Verdächtigung irgendeines Genossen oder irgendeines Kreises von Genossen enthielten. Im Verlaufe meiner Ausführungen kam ich auf die Tatsache zu sprechen, daß in Hamburg Genossen der Linken wiederholt der Behörde anonym denunziert worden sind. Ich erklärte, daß solche Erscheinungen nicht nur aufs Schwerste zu beurteilen seien, sondern auch, daß jeder, der einer Vergiftung des Parteilebens vorbeugen wolle, dieses Unwesen aufs entschiedenste bekämpfen müsse. Am Anfang dieses Teiles meiner Ausführungen stellte ich den klaren und unzweideutigen Hinweis, wie ich die folgenden Worte verstanden wissen wollte. Ich schilderte alsdann den Fall des Genossen Uhlig, bei dessen Denunziation Äußerungen Verwendung gefunden hatten, die Genosse Uhlig vor einem bestimmten Personenkreis getan habe. Genosse Uhlig habe daraufhin beim Landesvorstand ein Ermittlungsverfahren beantragt, um die Person des Täters gegebenenfalls mit den Mitteln der Organisation festzustellen. Der Vorstand habe dies abgelehnt. Darauf unterbrach mich der Vorsitzende Genosse Stubbe. Er erklärte, Genosse Uhlig habe allerdings einen solchen Antrag beim Vorstande gestellt. Wenn Uhlig die Ablehnung des Antrages beanstande, so hätte dies beim Vorstandsbericht zur Sprache gebracht werden können; die Angelegenheit habe mit dem Bericht der Preßkommission nichts zu tun. Ich entgegnete, Genosse Stubbe hätte abwarten sollen, in welche Beziehung ich meine Ausführungen zum Bericht der Preßkommission bringe. Im übrigen nähme ich für die Mitglieder das Recht in Anspruch, bei jedem Punkte der Tagesordnung auf Vorgänge der geschilderten Art zu sprechen zu kommen. Wenn aber Genosse Stubbe als Vorsitzender das Eingehen auf diese Dinge beanstande, so wolle ich mich auf die Feststellung beschränken, daß außer Uhlig auch die Genossen Hohm, Rehberg, die Frau eines im Felde stehenden Parteigenossen und ich selber der Behörde anonym denunziert worden sei. Darauf behauptete Genosse Stubbe in großer Erregung, in meinen Worten liege eine Verdächtigung von Parteigenossen, er verlange, daß ich die Namen der Denunzianten nenne. Dieses Verlangen war unter den gegebenen Umständen völlig sinnlos und der Ausgangspunkt sehr unerquicklicher Szenen. Weil ich der unerfüllbaren Aufforderung, den Namen anonymen Denunzianten zu nennen, nicht nachkam, entzog mir Genosse Stubbe, ohne die Versammlung zu befragen, das Wort.

Selbst scharfe sachliche Gegner bestätigen, daß meine Ausführungen keinen berechtigten Anlaß zu diesem Auftreten des Vorsitzenden und den dadurch veranlaßten erregten Vorgängen geboten haben. Ich halte es für die Pflicht der Delegierten, das Unwesen der Denunziationen, wo immer es auftritt, zu bekämpfen, und hätte erwartet, darin die Unterstützung des Genossen Stubbe und aller Delegierten der Landesorganisation zu finden. Über die vorliegenden Tatsachen habe ich mich im einzelnen am Tage nach der Versammlung in einem Schreiben an den Landesvorstand geäußert und der Redaktion hiervon Abschrift übermittelt. Ich stelle es der Redaktion anheim, die in dem Schreiben angeführten Tatsachen zu veröffentlichen.

gez.: Dr. H. Laufenberg.

Das Schreiben an den Vorstand hatte folgenden Wortlaut:

Werte Genossen!

In der letzten Delegiertenversammlung der Landesorganisation am 5. August wurde mir vom Vorsitzenden, dem Genossen Stubbe, das Wort entzogen, ohne daß vorher die Versammlung befragt wurde. Gegen diese Vergewaltigung der freien Meinungsäußerung lege ich schärfsten Protest ein. Es muß den Delegierten das Recht gewahrt werden, Tatsachen mitzuteilen, die im Interesse der Organisation unbedingt zur Kenntnis gebracht werden müssen.

Ich stelle folgende Tatsachen fest:

1. Am 28. April erschien ein Kriminalbeamter bei dem Genossen Uhlig, um ihn im Auftrage der Militärbehörde zu vernehmen. Es war gegen ihn eine anonyme Denunziation eingelaufen, die besagte, daß er während der Musterung eine Ohnmacht simuliert und so seine Befreiung vom Militärdienst herbeigeführt habe. Die Militärbehörde möge sich vergewissern, mit welcher Leichtigkeit er mit Jugendlichen lange Märsche mache. Genosse Uhlig gehöre zu denjenigen, die in Hamburg systematisch gegen die Regierung arbeiteten. Bei der Vernehmung wurde auf diese Behauptung besonderes Gewicht gelegt. Die eingeleitete Untersuchung der Militärbehörde ergab, daß es sich um eine gemeine Verleumdung handelte. Äußerungen, die Genosse Uhlig vor einem bestimmten Personenkreis getan hatte, waren in dem ihm vorgelegten Brief des anonymen Denunzianten verwendet worden. Diese Tatsache veranlaßte ihn, beim Landesvorstand ein Ermittlungsverfahren zu beantragen, um zu versuchen, mit den Mitteln der Organisation die Persönlichkeit des Täters festzustellen. Der Vorstand lehnte dies mit der Begründung ab, daß Uhlig keinen Namen genannt habe.

2. Am 15. Juni wurde bei der Genossin Stangenberg von drei Kriminalbeamten nach Schriften gehäusucht, die sich auf den Krieg beziehen. Auch in diesem Falle liegt nach Mitteilungen der häusuchenden Beamten eine Denunziation vor.

3. Am 10. Juli durchsuchten drei Beamte die Wohnung des Genossen A. Rehberg und beschlagnahmten Zeitungen und Broschüren. Er bekam ein Verbot, parteipolitische Schriften und Zeitungen ins Feld zu schicken.

4. Am 21. Juli nahmen zwei Kriminalbeamte in der Wohnung des Genossen Hoym, der seit längerer Zeit im Felde steht, eine Hausdurchsuchung vor. Nach ihren Mitteilungen waren wiederholt Denunziationen eingegangen, daß „die Broschüren des rothaarigen Juden“ (gemeint ist offenbar der Genosse Wolffsheim) durch Hoym vertrieben würden.

5. Am 7. Juli häusuchten bei mir drei Beamte. Ich hatte in der zweiten Versammlung der Landesorganisation eine vielfältigste Schrift den Delegierten überreicht, die wichtige politische Mitteilungen enthielt. Die Beamten teilten mir mit, daß diese Schrift der Militärbehörde anonym eingeschickt war. Zugleich wurde mir der Bericht in Nummer 151 des „Hamburger Echo“ vorgelegt, in dem gesagt war, daß ich meine schriftlich vielfältigten Darlegungen vor der Versammlung habe verteilen lassen. Es wurde mir außerdem ein Verbot der Broschüren „Imperialismus und Demokratie“ und „Organisation, Krieg und Kritik“ zu-

gestellt. Am 4. August teilte mir die Polizeibehörde als vorläufige Maßnahme ein Verbot der Militärbehörde mit, Druckschriften und Flugblätter, auch solche, die durch Schreibmaschine hergestellt sind, herauszugeben und zu verbreiten, unter Androhung schwerer Gefängnisstrafe in jedem Übertretungsfall.

Als ich in der Versammlung der Landesorganisation am 29. Juli Mitteilung über jene erste Vernehmung und Haussuchung machte, erklärte der Vorsitzende, der Genosse Grünwald, es bestehe allerdings in der jetzigen Zeit keine völlige Sicherheit dagegen, daß nicht ein vereinzelter Unwürdiger, „ein Raubbein“, sich in die Versammlung der Vertrauensmänner schleiche. Im Falle des Genossen Uhlig, in dem vielleicht Aufschluß möglich gewesen wäre, hat der Vorstand es abgelehnt, die nur ihm zu Gebote stehenden organisatorischen Mittel anzuwenden. Bei der vorläufigen Verfügung, die nunmehr von der Militärbehörde gegen mich ergangen ist, hat der Bericht des „Hamburger Echo“ mit als Unterlage gedient. Die Mitgliedschaft darf verlangen, daß solchen Vorgängen vorgebeugt wird. Von Denunziationen sind Vertreter der Linken bereits im bedenklichen Umfange betroffen worden. Mehren sich die Denunziationen, so ist die Vergiftung des Partei- lebens die notwendige Folge. Dagegen hilft nur rücksichtslose öffentliche Brandmarke und Warnung vor den unsauberen Elementen, ein Vorgehen, daß der Vorstand und die übrigen Parteinstützen mit aller Kraft unterstützen sollten. Die Entrüstung über diejenigen, welche das Übel zur Sprache bringen, ist daher völlig unangebracht. Es ist unbegreiflich und unwürdig zugleich, daß die Mitteilung solcher Tatsachen durch das unerfüllbare Verlangen, den Namen anonymen Denunzianten zu nennen, sowie durch Tumult und Skandal verhindert werden kann. Ich bedaure, feststellen zu müssen, daß dazu das Verhalten des Genossen Stubbe den Anlaß geboten hat.

Mit Parteigruß

gez.: Dr. H. L a u f e n b e r g.

In dem vorstehenden Schreiben ist bezüglich des Falles Rehberg nicht ausdrücklich gesagt, daß eine Denunziation vorlag. In der Begründung des Reichsmilitärgerichtes anläßlich der Aufhebung meiner Schutzhaft ist jedoch festgestellt, daß die Haussuchung bei dem Genossen Rehberg auf Grund einer anonymen Denunziation stattfand und auch das Verbot, parteipolitische Schriften ins Feld zu schicken, auf jene Denunziation zurückzuführen ist.

Die Echo-Redaktion hat damals systematisch jede Berichtigung abgelehnt, auch wenn die Versammlungsberichte des Blattes eine solche zu einer dringenden Notwendigkeit machten. Ich lasse ein Schreiben der Redaktion vom 2. Juli 1915 folgen. Keiner der Redakteure hat den moralischen Mut gefunden, es mit seinem Namen zu zeichnen.

Hamburg, den 2. Juli 1915.

Herrn Dr. H. L a u f e n b e r g.

Werter Genosse!

Da die Versammlung der Landesorganisation noch nicht beendet ist, die Diskussion vielmehr noch weiter geht und Ihnen Gelegenheit bietet, auf die in der letzten Versammlung gemachten Ausführungen zu antworten, können wir vorgängig irgendwelche „Erklärungen“ nicht zulassen. Die von Ihnen in der ersten Ver-

sammlung angegriffenen Genossen haben ja auch acht Tage warten müssen, bis sie entgegen konnten, und es ist ihnen nicht eingefallen, mit Erklärungen dem Versammlungsvorgang vorzugreifen. Das ist eben nie üblich gewesen, und wir haben keine Veranlassung dazu, zu helfen, daß es üblich wird.

Mit Parteigruß

Redaktion des Hamburger Echo.

Inzwischen hatte das Verfahren, das auf Grund der verbreiteten Denkschrift und des Echoberichts über den Vorgang eingeleitet war, seinen Fortgang genommen. Am 4. August erhielt ich jene Verwarnung des stellvertretenden Generalkommandos, die mir jede Agitation gegen den Krieg, sowie die Herausgabe von Druckschriften und Flugschriften verbot. Acht Tage später wurde ich außer der Reihe — offenbar strafweise — eingezogen. Der Jahrgang, dem ich angehörte, wurde erst im Anfang des folgenden Jahres zum Heere einberufen.

Während ich selber denunziert und daraufhin von Polizei und Generalkommando unter scharfe Überwachung gestellt und in ein Ermittlungsverfahren verwickelt wurde, wurde ich in Gewerkschaftskreisen bezichtigt, die Jugendbewegung an die Gegner verraten und verkauft zu haben, und es wurde den Genossen, denen man den Verdacht ins Ohr flüsterte, empfohlen, nicht öffentlich über die Sache zu reden. Als freilich einer der Verleumder vor den Anwalt geladen wurde, bestritt er auf das lebhafteste, mich „als Verräter der Hamburger Jugendbewegung an die Behörden“ bezeichnet zu haben, während der Zeuge sich unterschriftlich bereit erklärte, seine Aussage vor Gericht eidlich zu erhärten.

Die dargelegten Tatsachen rechtfertigen die Behauptung, daß die in den Schriftstücken besonders genannten Personen, der Abgeordnete Stubbe und die Redaktion des Echo, in hohem Maße mit schuldig sind, wenn der Kampf der Meinungen in Hamburg durch das Denunziationswesen von Anfang an vergiftet wurde. Auf sie ist es wesentlich mit zurückzuführen, wenn die Mitgliedschaft in Unkenntnis über die Machenschaften blieb, die verworfene Subjekte in der Hamburger Arbeiterbewegung anzettelten und betrieben.

5.

Bonzentaktik.

Es war die Methode der bürgerlichen Politik, die Arbeiterschaft in Unwissenheit über den Ursprung des Krieges, die Kriegslage und die Ziele der Kriegspolitik zu halten. Es war die Methode namhafter Führerkreise, sich dieser Politik kampfloß unter Berufung auf die Befehle der hohen Obrigkeit zu unterwerfen. Für die Bewilligung der Kredite, auch wenn sie der denkbar schwerste Fehler war, konnten immerhin Gründe ins Feld geführt werden. Die Burgfriedenspolitik war nichts anderes als eine Führerpolitik übelster Sorte. Sie wurde nur möglich, indem das Führertum die den Organisations-

beschließen geschuldete Disziplin brach, um der Mitgliedschaft jene Pflicht des Gehorsams gegenüber den Beschlüssen der Führer aufzuerlegen, die diese gegenüber der Regierung bedingungslos leisteten.

Durch eine Rede, die der Präsident des Herrenhauses im Februar 1915 hielt, war es bekannt geworden, daß Deutschland die Möglichkeit hatte, auf der Grundlage des Besitzstandes bei Ausbruch des Krieges, Frieden zu schließen. Im Frühjahr des Jahres streckte England erneut Friedensfühler aus. Diesen Augenblick hielten maßgebende deutsche Kreise für den geeigneten Zeitpunkt, den Eroberungscharakter des Krieges nackt und unverhüllt hervorzuheben und für die Folge festzulegen. Die führenden Wirtschaftsverbände, darunter der Bund der Landwirte und der Zentralverband der Industriellen, richteten im Mai an den Reichskanzler eine geheime Eingabe, in der sie weitgehende Gebietsangliederungen verlangten. Neben einem großen Kolonialreich sollte Belgien dauernd behauptet und von Frankreich alles Land „bis etwa zur Somme“ annektiert werden. Weiter wurde verlangt, daß die Randstaaten von Rußland losgerissen und unter dem alleinigen Einfluß des deutschen Imperialismus gebracht würden. Es waren jene Ziele, die im Osten die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest zu verwirklichen gesucht haben. Ohne sich auf Einzelheiten dieser weitgesteckten Ziele zu verpflichten, griff der damalige Kanzler Bethmann Hollweg die Tendenz und das Ziel der Eingabe mit der zum Schlagwort gewordenen Forderung auf, daß das Kriegsende „reale Sicherheiten und Garantien“ für den Bestand des größeren Deutschland und seiner Weltgeltung auf allen Meeren und Kontinenten bringen müsse.

Bei Ausbruch des Krieges hatte die Fraktion die Regierungsparole des Burgfriedens und des Kampfes gegen den Zarismus rüchhaltlos aufgegriffen. Als die Marneschlacht unter die Rechnung der deutschen Heeresleitung einen gründlichen Strich setzte, griff die Fraktion ebenso rüchhaltlos die Regierungsparole des Durchhaltens auf. Auch die Schwengung zum größeren Deutschland, zum Eroberungskrieg machte die Partei mit. Und wie bisher, so war auch damals das Hamburger Echo jenes Preßorgan, daß der Partei das Banner der Kriegspolitik am entschiedensten vorantrug. Es erschien in seinen Spalten die verhängnisvolle Parole vom Umlernen. Täglich lernt der einzelne Mensch zu und um. Aber wenn jene Forderung für eine ganze Partei erhoben wird, so steht dahinter die Frage, welcher Strömung im Gesellschaftsganzen die Partei folgen soll, nach welcher Richtung sie gezogen und getrieben werden soll. Die entschiedene Opposition in Hamburg hatte schon zu Beginn des Krieges eine Neuorientierung der sozialdemokratischen Politik gefordert. Jetzt erhob das Echo die gleiche Forderung. Welchen Inhalt die vom Echo gewünschte Neuorientierung haben sollte, ergab sich aus einer Reihe von Artikeln. Es sei nur erinnert an die Ausführungen Südekums in Nummer 167 vom 20. Juli 1915: „Wie stehen wir?“ In dem Artikel heißt es:

„Von denselben Kreisen, die sich so um die schnelle Annahme einer vorgedruckten Resolution in Sachen der Eroberungspolitik bemühen, geht auch der andere Versuch aus, durch eine ganz unsinnige Verengung des Begriffs der Annexion, die Partei in Schwierigkeiten zu bringen. Sie behaupteten nämlich, ganz genau zu wissen, daß unser ganzes Volk wünsche, nach dem Kriege müsse alles wieder so hergestellt werden, wie es vor dem Kriege war;

wir müßten also sozusagen dafür sorgen, daß die alten Schulatlanten auch weiter gebraucht werden könnten. Ein Beweis für diese Behauptung hat noch keiner zu bringen versucht. Wenn er in diesem Umfange erbracht werden könnte, wäre er auch nur ein betrübendes Zeichen für die politische Unreife unseres Volkes. Wahrscheinlich ist die Mehrheit unseres ganzen Volkes, sicher die Mehrheit der unseren Gedanken selbst-anhängenden Masse, gegen die Unterjochung fremder Völker; aber deshalb kann man doch gegen die rein negative Behauptung jener Oppositionellen mit vermuthlich viel größerer Berechtigung die andere wagen, daß gegen notwendige Grenzsicherungen unseres Landes und gegen selbst recht weitgehende wirtschaftliche Verbindungen zwischen den europäischen Staaten, auch als Teile von Friedensbedingungen, ernsthaft nichts eingewendet wird. In einem Feldbrief an die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ heißt es klipp und klar: „Und das sei auch gleich gesagt: Wir wollen auch nicht umsonst gelämpft haben, nach außen wollen wir Sicherung gegen einen neuen Krieg.“ Wie eine solche Sicherung aussehen muß, ohne daß mit ihr die Unterjochung eines fremden Volkes verbunden ist, das muß als technische Frage behandelt und weiterer Untersuchung unterstellt werden.“

Zwischen dieser Auslassung und der Auffassung Bethmann Hollwegs und der Wirtschaftsverbände bestand kein grundsätzlicher Unterschied, sondern höchstens ein Unterschied des Grades, wie weit aus politischen Opportunitätsgründen mit den politischen und wirtschaftlichen Angliederungen gegangen werden könne. Jene neue Schwenkung der Reichstagsfraktion zeitigte das bekannte Manifest vom 9. Juni 1915, das die Schwenkung in scharfer Form verurteilte und in den Kreisen der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre eine große Anzahl von Unterschriften fand.

In jenem gefährvollen Augenblick benutzte ich die Versammlungen der Landesorganisation, um zu versuchen, der Parteigenossenschaft, wie der ganzen Öffentlichkeit von der inzwischen in engeren Kreisen bekanntgewordenen Eingabe der Wirtschaftsverbände an den Reichskanzler Kenntnis zu geben. Zugleich sollten die durch den Pazifisten von Tepper-Lasli bekanntgewordenen Einzelheiten des englischen Friedensfühlers mitgeteilt werden.

In der Einleitung der den Vertrauensleuten überreichten Denkschrift heißt es ausdrücklich: „Die mitgeteilten Tatsachen können für die Geschlossenheit und Einheit der Partei von entscheidender Bedeutung werden“. In der Tat habe ich heute die traurige Genugtuung, daß die Erörterung über die in dem Schriftsatz mitgeteilten Tatsachen später zur Auflösung der Parteeinheit geführt hat. Sie standen bei Bildung der Arbeitsgemeinschaft im Reichstage jedenfalls im Vordergrund der Diskussion.

Der Versuch, die Tatsachen der Parteigenossenschaft zu unterbreiten, scheiterte an der Weigerung des Vorsitzenden. Er entzog mir kurzerhand das Wort, ein Vorgang, der in der Versammlung solche Aufregung hervorrief, daß die Verhandlung abgebrochen werden mußte. In der Einleitung zu jener Denkschrift ist darüber das Folgende gesagt:

„Es war bisher in der Partei allgemein üblich, beim Geschäftsbericht auch die politische Lage zu besprechen. Da die Organisations-

leistung die Vertretung der Mitgliedschaft ist, besteht ihre wichtigste und eigentliche Aufgabe in der Stellungnahme zu den politischen Fragen. Auch der Genosse Stubbe hat in ausgiebiger Weise die allgemeinen politischen Fragen behandelt. Er verbreitete sich eingehend darüber, daß die Erklärung der Genossen Haase, Kautsky und Bernstein eine schwere Schädigung der Interessen der Partei bedeutet. Im Gegensatz zu der dem Genossen Stubbe gewährten Redefreiheit ist mir die Besprechung der politischen Gesamtlage sowie die Darlegung der Beweggründe, die die genannten Genossen zu ihrer Erklärung geführt haben, nicht etwa wegen der vorgerückten Zeit, sondern grundsätzlich und mit der Begründung verweigert worden, daß die Erörterung dieser vom Berichterstatter behandelten Fragen nicht zum Geschäftsbericht gehören. Dies geschah, nachdem ich wiederholt darauf hingewiesen hatte, daß es sich um Tatsachen handle, die der Mitgliedschaft unbedingt zur Kenntnis gebracht werden müßten und deren Mitteilung im Interesse der Partei keinen Aufschub dulde."

Die Mittel, mit welchen dann im Verlauf der Debatte jede weitere Erörterung der politischen Situation verhindert wurde, sind überaus charakteristisch. Stubbe und seine Helfershelfer verstanden es, die Debatte lediglich auf meine Person zu konzentrieren. Es handelte sich um drei Fragen: 1. Wie lange ich an der Verfassung der Parteigeschichte arbeitete und welches Gehalt ich dafür bezog; 2. um erledigte Vorschläge im hiesigen Bildungswesen und 3. um die Frage, ob ich mir nicht durch Abhaltung von Vorträgen vor einem Kreise jüngerer und älterer Genossen eine Prätorianergarde erziehe.

Was die erste Frage anheht, so hatte Stubbe die Summe mitgeteilt, die ich bis dahin an Gehalt bezogen hatte. Er hatte es jedoch unterlassen, mitzuteilen, daß der Landesvorstand selbst aus eigenem Antriebe und ohne mein Zutun den ursprünglichen Gehaltssatz erhöht hatte, ein Beweis, daß der Landesvorstand mit meinen Leistungen zufrieden gewesen war. Er hatte es unterlassen, mitzuteilen, daß in den ersten Jahren alle Aufwendungen für Bücher und andere wissenschaftliche Hilfsmaterialien, die zu meinen Arbeiten notwendig waren, von mir bestritten wurden. Er hatte es unterlassen, mitzuteilen, daß von der Steuerbehörde die Aufwendung für Miete und Instandhaltung eines Arbeitsraumes als abzugsberechtigter anerkannt wurden. Er hatte es unterlassen, mitzuteilen, daß die siebenzehnhalb Jahre, die ich damals in Hamburg war, nicht auf die Abfassung der Parteigeschichte allein, sondern auch auf die Abfassung mehrerer anderer Schriften verwandt wurden. Er hatte es unterlassen, daran zu erinnern, daß die Reorganisation und der Aufbau des hiesigen Bildungswesens wesentlich mein Werk waren. Er hatte es unterlassen, mitzuteilen, daß die Tätigkeit für andere Obliegenheiten nach meiner Berechnung fast drei Jahre und, wie der Landesverband selber einräumen mußte, mindestens 29 Monate betrug. Bei dieser letzteren Zeitangabe war für meine Tätigkeit im Bildungswesen nur ein Monat in Anrechnung gebracht, während sich aus den von der Bildungskommission im Auftrage des Landesvorstandes und des Gewerkschaftskartells herausgegebenen Geschäftsberichten ergibt, daß sie eine ganze Reihe von Monaten betrug. Und wenn bislang der zweite Band der Parteigeschichte nicht abgeschlossen werden konnte, so liegt auch dies nicht an mir, sondern lediglich am stellvertretenden Generalkommando. Als ich nämlich während meiner Schukhast wünschte, das Werk abschließen zu können, wurde dies zwar nicht abgelehnt, aber doch erklärt, daß jedes Stück

beschriebenes Papier, das in meine Gefängniszelle hinein-
gelangen sollte, vorher einer genauen Prüfung unterworfen
werden müsse. Das hieß nicht mehr und nicht weniger, als das
Manuskript der politischen Polizei ausliefern, was schlechterdings
unmöglich war.

Hinsichtlich des zweiten Punktes, der einen Konflikt im Bildungs-
wesen betraf, begnüge ich mich, die für den Sachverhalt entscheidenden
Stellen eines Berichtes abzudrucken, den die zur Untersuchung des
Falles niedergesetzte Kommission erstattet hat. In dem Berichte
heißt es:

„Der Konflikt zwischen Laufenberg und (dem Volksschullehrer)
S. leitet sich äußerlich von dem unborsichtigen Hervortreten des
letzteren her, hat aber, wenigstens zum Teil, noch andere Ursachen.
Die Art dieser Ursachen kann aus faktischen
Gründen nur mündlich dargestellt werden. Das
Hervortreten von S., seine Tätigkeit als Referent in verschiedenen
Versammlungen mit nicht kontrollierbarem Teilnehmerkreis, er-
schien Laufenberg als eine Gefahr für den Lehrkörper des Bil-
dungswesens und damit für das Bildungswesen selbst. Nach
Lage der Dinge mußte Laufenberg darin eine Gefahr sehen,
und er mußte auch bei seiner Stellung im Bildungswesen an-
nehmen, daß vor allem seine Pflicht sei, dieser Gefahr vorzu-
beugen. Laufenberg hat darin vollständig korrekt gehandelt, wenn
er diese durch S. heraufbeschworene Gefahr in der Unterrichts-
und später in der Zentralkommission vorbrachte und die Mittel
für ihre Abwendung erörterte. . . .

Die Gerüchte, denen die Kommission nachzugehen hatte, be-
jaaten, S. habe es bei seinem leichtsinnigen Hervortreten darauf ab-
gesehen, von seiner Behörde gemäßigelt zu werden, um dann in
eine gut bezahlte Parteistellung einzutreten; er habe auch Andeu-
tungen in diesem Sinne gemacht und gesagt, weniger als 4000
oder 4500 Mark werde man ihm in einer Parteistellung nicht gut
geben können. Die Untersuchung hat nun ergeben, daß sich S.
tatsächlich mit Kursusteilnehmern über die Möglichkeit einer Maß-
regelung und über seinen etwaigen Eintritt in eine Parteistellung
unterhalten hat. Er behauptet jedoch, daß diese Unterhaltungen
einen anderen Sinn gehabt hätten; er habe gesagt, daß er eine
Maßregelung nicht fürchte, aber keinesfalls habe er jemals eine
Maßregelung gewünscht oder gar erstrebt. Obwohl die Kommission
gerade in diesem Punkte sehr nachdrücklich geforscht hat, hat sich
nichts ergeben, das sie davon überzeugen könnte, S. habe tatsächlich
auf eine Maßregelung hingearbeitet, um dadurch zu einer Partei-
stellung zu kommen. Demgegenüber muß sie aber Laufenberg den
guten Glauben zubilligen; Laufenberg konnte eben nach der Art,
wie man ihm diese Gerüchte zugetragen hat, ihre Wahrheit für
erwiesen ansehen, worin dann auch ein Grund zu einer persönlichen
Abneigung Laufenbergs gegen S. läge. Dabei muß man es aber
als eine offene Frage gelten lassen, inwieweit Laufenberg berech-
tigt war, S. nach seiner Persönlichkeit eine solch eigennützige Ge-
sinnung und Absicht zuzutrauen. Es ist bei der Untersuchung dieser
Angelegenheit festgestellt worden, daß Laufenberg soaleich, als ihm
dies Gerücht mitgeteilt wurde, noch auf der Straße einen ent-
sprechenden Vermerk in sein Notizbuch eingetragen hat. . . .“

Wenn die übrigen Teile des Berichtes mir stellenweise eine ge-
wisse Unversöhnlichkeit zum Vorwurf machen, so hat mein damaliges
Verhalten in dem von dem Bericht selbst betonten Umstände seinen
Grund, daß die Art der Ursachen aus faktischen Gründen nur münd-

lich dargestellt werden könne. Damals hätte ich über die Vorgänge öffentlich vor der Mitgliedschaft nicht sprechen können, ohne das Übel heraufzubeschwören, das verhindert werden sollte. Heute darf über die Dinge gesprochen werden, ohne daß ein Schaden zu befürchten ist.

Im hiesigen Bildungswesen war, wie weitere Kreise wußten, eine größere Zahl von Volksschullehrern tätig. Dies erregte an vielen Stellen argen Anstoß. Die bürgerliche Presse und in wachsendem Maße auch die Bürgervereine machten gegen jene Tätigkeit immer entschiedener mobil. Als nun bei einem solchen Vorstoß der Bürgervereine sich die Lage sehr kritisch anließ, forderte ich, daß ein Teil der Lehrer, und zwar diejenigen, die lediglich Unterricht in Elementarfächern erteilten, ausscheiden, während die in den wissenschaftlichen Fächern unterrichtenden ihre Tätigkeit fortsetzen sollten. Bei diesem Anlaß wurde von der Gegenseite die erledigte Differenz mit dem Lehrer S. wieder hervorgeholt, wiewohl in dem Protokoll der Zentralkommission des Bildungswesens ausdrücklich vermerkt war, daß die Angelegenheit seinerzeit durch gegenseitige Aussprache erledigt worden sei. Ich lehnte ein Eingehen auf die erledigte Sache ab und unterlag in der kombinierten Sitzung des Landesvorstandes und des Gewerkschaftskartells. Darauf schied ich aus der Zentralkommission aus, indem ich zunächst ihre Sitzungen nicht weiter besuchte und es nach Ablauf des Geschäftsjahres ablehnte, mich aufs neue in sie entsenden zu lassen. Eine Verantwortung dafür, daß der Hamburger Arbeiterschaft möglicherweise durch die Sorge für eine größere Anzahl von Personen, eine finanzielle Belastung von jährlich 50- bis 60 000 Mark, aufgeladen würde, ohne daß dafür eine absolute und nicht zu umgehende Notwendigkeit vorlag, wollte ich nicht weiter tragen.

Die wegen meiner Tätigkeit unter den Jugendlichen wider mich erhobenen Vorwürfe entsprangen der schroffen Opposition, die ich von Anfang an gegen die Militarisierung der Jugend gemacht hatte. Es erübrigt sich heute jedes Wort darüber. Die Besucher und Besucherinnen jener Vortragsabende gehörten später zu den eifrigsten und entschiedensten Agitatoren der Revolution. Verschiedene davon haben durch ihre Gesinnungstreue bittere Verfolgungen zu erleiden gehabt. Und einer von ihnen, der Genosse Peter, ruht heute auf dem Ohlsdorfer Friedhofe inmitten derer, die am 6. November vorigen Jahres die Sache der Revolution mit dem Tode besiegelt haben. Ich darf fragen: Gingen diese jungen Menschen aus dem Kurfuß hervor als „Prätorianer“, die gesinnungslos auf eine Person schworen, oder als überzeugungsstarke Charaktere, die der Idee, die sie erfüllte, alles zum Opfer zu bringen lernten?

Ein eigenartiges Bild! Eine politische Situation von größter Tragweite wurde in der Weise „geklärt“, daß man der unbequemen Kritik eines unbequemen Mannes durch Herabsetzung seiner Person und seiner Arbeit den Boden zu entziehen suchte. Geßfissentlich lenkte man von der Sache auf die Person ab, um die Vertrauensleute nicht zur Klarheit und zum Verständnis der Lage kommen zu lassen. In der Tat: Die Burgfriedenspolitik war nichts anderes als eine Führerpolitik der allerübelsten Sorte, die schließlich doch nur obenauf blieb, weil das Generalkommando ihr zu Hilfe kam und die unbequeme Person des unbequemen Kritikers strafweise in den bunten Rock steckte.

Kotau.

Während der erwähnten Debatten in der Landesorganisation hatten sich die Echo-Redakteure wiederholt mit ihrer Überzeugungstreue gebrüstet. Es war nämlich der Vorwärts von dem Generalkommando der Marken verboten worden, und um eine Aufhebung dieser Verfügung zu erwirken, hatte er sich zu einer Erklärung an der Spitze des Blattes verstanden, durch die er sich dem Burgfrieden anbequiemte und — wenn die Erinnerung den Verfasser nicht täuscht — der weiteren Propagierung des Klassenkampfes vorläufig entzagte. Die Erklärung rief berechtigtes Erstaunen und berechtigten Widerspruch hervor. Zu den Blättern, die am meisten höhnten, gehörte das Echo. Und wiederholt erklärte es, es würde sich niemals einem solchen Zwange gefügt und eine ähnliche Erklärung erlassen haben.

Nun war während der Debatte in der Landesorganisation von mir ein Vorgang gestreift worden, der sich in Lübeck abgespielt hatte. Dort hatte ein Senator, eine höchst potente und kapitaltrachtige Person, mehrfacher Fabrikbesitzer, über das neutrale Ausland an die Entente Drehbänke, mithin Kriegsmaterial, verkauft. Der Versuch, die Schuld auf einen seiner Procuristen abzuwälzen, gelang nicht, und der Senator saß in Haft. Bei diesem Stand der Dinge hatte der Syndikus der Lübecker Handelskammer in der deutschen Richterzeitung einen Artikel veröffentlicht, der darauf hinauslief, den in Frage kommenden Paragraphen des Reichsstrafgesetzbuches wegen Landesverrats so auszulegen, daß mit einer Freisprechung des Senators gerechnet werden konnte. Durch die Debatte in der Landesorganisation veranlaßt, schrieb nun das Echo einen Artikel gegen die Richterzeitung, der schärfer als sonst ausfiel und dadurch das Mißfallen des stellv. Generalkommandos erregte. Die weitere Entwicklung der Angelegenheit ergibt sich aus einer Veröffentlichung des Generalkommandos im Korpsverordnungsblatt für das 9. Armeekorps in Nummer 87 vom 8. Juli 1915.

Die Veröffentlichung wirft dem Echo vor, den Sinn der Ausführungen in der Richterzeitung verschoben zu haben. Durch Angriffe, die der Form nach verlegend und in sachlicher Beziehung unrichtig seien, suche es den Verfasser als einen Verfechter des Rechtes auf irrupellose Geschäftemacherei für das deutsche Auslandskapital zu brandmarken. Dann heißt es in der Veröffentlichung wörtlich:

Infolge der dem „Hamburger Echo“ wegen der Aufnahme dieses Artikels gemachten Vorhaltungen ist der Chefredakteur dieser Zeitung persönlich bei mir erschienen und hat mir erklärt, er sehe ein, daß er mit der Veröffentlichung des Leitartikels ein Unrecht begangen habe und bedaure das Vorkommnis aufrichtig.

Mehr konnte das Generalkommando von einer sozialdemokratischen Redaktion, die nach außen mit ihrer Gesinnungstüchtigkeit prunkte und über die geringe Charakterstärke anderer höhnte, nicht erwarten. Hier ist einmal die abgegriffene Redewendung am Platze, daß jedes weitere Wort den Eindruck abschwächen würde. Es versteht sich von selbst, daß das Echo, das die Tätigkeit der Opposition in den Bezirken der Polizei denunzierte, das es ablehnte, dazu mitzuwirken, um schuftigen Denunzianten das Handwerk zu legen und

diese saubere Zunft durch den Rückhalt, den es ihnen gewährte, in ihrem Gewerbe ermuntert — es versteht sich von selbst, daß dieses gestimmungstüchtige Blatt jene Veröffentlichung des Korpsverordnungsblattes seinen Lesern bis auf den heutigen Tag fürsorglich vor-
enthalten hat.

Damit wollen wir unsere Mappe schließen.

7.

Rätesystem.

Die gewaltigen Arbeitskämpfe beim Ausgang der ersten russischen Revolution stellten auch in Deutschland die Frage, in welchem Verhältnis die Masse zu ihren Führern stehe, zur Debatte. Und diese Debatte wurde um so wichtiger und ergiff um so größere Gebiete des ganzen Organisationslebens, als die politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft einen mächtigen Aufschwung nahmen, und die Arbeiterbewegung aus einer Berufs- und Gruppenbewegung mehr und mehr zu einer Klassenbewegung wurde.

In Rußland war die Arbeiterklasse zur Zeit der ersten Revolution und ist heute noch in weit höherem Grade als in den mittel- und westeuropäischen Ländern eine Minderheit. Wollte die Revolution sich durchsetzen, so mußte sie die Arbeiterschaft von vornherein als Klasse zusammenzufassen suchen. Sie tat dies durch das Rätesystem. Das Rätesystem ist die gegebene und natürliche Form der proletarischen Revolution. Daher wurde es auch von der deutschen Arbeiterschaft als selbstverständliche Voraussetzung für die Durchführung der eigenen Revolution übernommen.

Es stellt eine neue Form der Organisation dar, die sich bewußt und aufs engste an die Verfassung der entwickeltsten Betriebe anlehnt. Das Rätesystem geht über die alten Berufsorganisationen hinaus. Es ordnet sich dieselben unter, indem es sie als Kampforganisationen ausschaltet, sie nur mehr als Verwaltungsorgane anerkennt und ihre Verwaltungstätigkeit regelt und kontrolliert. Es löst den Gegensatz von Partei und Gewerkschaft auf in der revolutionären und organisatorischen Einheit der Klasse. Der berufene Träger der proletarischen Diktatur, schafft es die Voraussetzung für die Ablösung und Überwindung dieser Diktatur und bildet damit den Hebel und die Grundlage zur Organisation der neuen Gesellschaft selbst.